

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

5. Sitzung
am Mittwoch, dem 23. Oktober 1996,
in der Europäischen Akademie in Leck

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Meinhard Füllner (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Torsten Geerds (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Landtagsverwaltung

RD Dr. Ursula Haab

Vorsitzender

in Vertretung von Bernd Schröder

in Vertretung von Jürgen Weber

Tagesordnung:	Seite
1. Strukturen und Arbeitsschwerpunkte der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein	4
Bericht des Vorsitzenden der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein (EASH)	
2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Raum auf kommunaler Ebene: Planungen, Projekte, Perspektiven	8
Bericht des Landrats Dr. Olaf Bastian	
3. Erfahrungen bei der Umsetzung von EU-Förderprogrammen auf regionaler Ebene	9
Bericht des Landrats Dr. Olaf Bastian	
4. Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Regierungskonferenz der Europäischen Union	10
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/245	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/270	
Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) und Peter Gerckens (SSW)	
5. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:15 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Strukturen und Arbeitsschwerpunkte der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein

Bericht des Vorsitzenden der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein (EASH)

Anhand der als Anlage 1 beigefügten Unterlage erläutert der Vorsitzende der EASH, Dr. Jürgen Schöning, zunächst die Struktur der Akademie. Die Akademie sei 1977 gegründet worden. Geistiger Vater sei der damalige Chefredakteur der "Husumer Nachrichten" gewesen, Herr Helmut Seethe, ein ehrenamtlich engagierter Europäer in Schleswig-Holstein. Heute sei die Akademie ein eingetragener Verein; ursprünglich sei es eine GmbH gewesen. Träger seien der Deutsche Grenzverein, die Europäische Bildungs- und Aktionsgemeinschaft sowie die Europa-Union, Landesverband Schleswig-Holstein. Kooperationsverhältnisse enger Art bestünden zur Föderation Internationale des Maisons de l'Europe, eine beim Europarat mit Konsultativstatus I akkreditierte Organisation, der derzeit 88 Bildungsstätten in mehr als 20 Ländern des Europarates angehörten, die Gesellschaft Europäischer Akademien, eine Dachorganisation deutscher Bildungsstätten mit europäischer Ausrichtung mit rund 20 Bildungsstätten, sowie die Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Bildungsstätten.

Die Mitgliederversammlung sei von eher heterogener Struktur; das verbindende Element sei das ehrenamtliche Engagement aller Beteiligten für Europa auf regionaler, Bundes-, Landes- und europäischer Ebene.

Entgegen der Liste gebe es bei den vertretungsberechtigten Geschäftsführern eine Änderung. Auf Beschluß der Mitgliederversammlung von vor rund einem Monat sei anstelle von Herrn Dr. Schütz Herr Dr. Henning Bachmann kommissarisch tätig.

Das ordentliche und allein beschlußfähige Organ der Akademie sei nach der Satzung die Mitgliederversammlung. Der Förderkreis sei demgegenüber kein Organ der EASH, sondern vielmehr ein eigenständiger Verein mit dem satzungsmäßig verankerten Zweck, sich mit finanziellen Mitteln und Spenden für die Förderung der Akademie einzusetzen. Der

Schwerpunkt, den sich dieser Förderkreis gegeben habe, sei es, eine Art Informationsbörse für die mittelständische Wirtschaft im deutsch-dänischen Grenzraum zu sein. Die personelle Besetzung stellt sich folgendermaßen dar: Leiter der Akademie sei Dr. Freund, eingruppiert in BAT I a; des weiteren gebe es eine Stelle BAT III für eine pädagogische Mitarbeiterin, die jedoch seit 1993 in Erziehungsurlaub sei und deren Stelle nicht wiederbesetzt worden sei. Ferner sei es gelungen, auf der Basis eines One-Dollar-Vertrages einen ehemaligen Beamten des Höheren Dienstes des Landes zur ehrenamtlichen Mitarbeit zu gewinnen.

Ferner sei zur inhaltlichen Beratung und Unterstützung des Akademieleiters ein Programmbeirat eingerichtet worden; Vorsitzender dieses Programmbeirats sei der NDR-Hörfunkjournalist Werner Junge. Darüber hinaus gebe es eine Strukturkommission, die beauftragt sei, Überlegungen dahin anzustellen, wie angesichts der schwierigen Finanzlage der Europäischen Akademie deren Überleben gesichert werden könne. Diese Strukturkommission werde von dem ehemaligen Abgeordneten Gert Roßberg geleitet. Lokal und regional habe die Akademie gut eingeschlagen und erhalte eine nachhaltige Unterstützung durch die Gemeinden und den Kreis.

Im weiteren führt Vorsitzender Dr. Jürgen Schöning zu den Arbeitsschwerpunkten der Akademie aus, daß sich die Akademie als ein Zentrum außerschulischer europäischer Bildung in ganz Schleswig-Holstein und nicht nur beschränkt auf den westlichen Landesteil verstehe. Ihr Ziel sei es, durch eine kontinuierliche Informationsarbeit einen Beitrag zu leisten, "daß mehr Menschen verstehen, worum es bei der Einigung Europas überhaupt geht". Das heißt, man wolle den Gedanken europäischer Zusammengehörigkeit auf allen Gebieten entwickeln und vertiefen, um so aktiv am Aufbau des vereinten Europas mitzuwirken.

Die Akademie stelle ein breit angelegtes Tagungsangebot zur Verfügung. Sie wende sich dabei an Multiplikatoren aus allen gesellschaftlichen Bereichen, denen die Möglichkeit gegeben werden solle, sich mit den geistigen Grundlagen und den zentralen Problemen der europäischen Einigung auseinanderzusetzen und die gegenwärtigen und vor allen Dingen die künftige Entwicklung Europas verstehen und besser beurteilen zu können. Dabei sei es unabdingbar, über die Arbeit und die Entscheidungsverfahren der Europäischen Union und des Europarates zu informieren; letzteres geschehe auch vor Ort durch Informationsreisen nach Brüssel, Straßburg oder Luxemburg, womit die Chance genutzt werde, Europa als Gemeinschaft zu erleben.

Ein ganz zentraler Schwerpunkt der Akademiearbeit ergebe sich aus der geographischen Lage an der Westküste im deutsch-dänischen Grenzraum. Die Europäische Akademie sei bestrebt,

Schleswig-Holstein als Brücke zum Norden zu nutzen und in diesem Zusammenhang den Dialog mit den skandinavischen Nachbarn zu fördern. Seit mehr als 25 Jahren gebe es die skandinavisch-westeuropäischen Gespräche, heute ausgeweitet zu den nordeuropäischen Gesprächen. Diese Gespräche fänden seit der Öffnung Europas auch in Oststaaten statt, um alle Ostseeanrainerstaaten einzubeziehen, auch wenn es dort noch nicht überall europäische Bewegungen gebe. So werde zum Beispiel im November eine europäische Bewegung in Litauen gegründet werden, wobei die Akademie ihre Verbindungen habe nutzen können.

Wichtige Themen seien auch die Entstehung und die Bedeutung von Minderheiten, und die Zusammenarbeit im Ostseeraum sei selbstverständlich ebenfalls ein ganz zentraler Punkt.

Vorsitzender Dr. Jürgen Schöning schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die finanziellen Probleme, die angesichts des vorgelegten Haushalts 1997 auf die Akademie zukommen könnten und bittet, den bisher vorhandenen Ansatz nicht zu streichen, da dies das Aus für die Akademie bedeuten würde.

Er teilt weiter mit, daß die eingesetzte Strukturkommission Überlegungen zur Verbesserung der Situation dahin gesucht habe, daß zunächst folgende drei Optionen aufgestellt worden seien. 1. Kohabitation mit Sankelmark, 2. Rückkehr zum ursprünglichen Standort Husum oder 3. Verbleiben in Leck mit einigen strukturellen Verbesserungen.

Die Mitgliederversammlung habe sich für die letztere Lösung entschieden, nicht zuletzt auch aufgrund der Initiative des Kreises Nordfriesland, der Raumnot auf dem Gelände der Heimvolkshochschule dadurch abzuwenden, daß der Bau eines neuen Bettentraktes für die Akademie geplant worden sei. Die dafür möglichen Fördermittel aus dem europäischen Fonds für Regionalentwicklung und aus dem Regionalprogramm für strukturschwache Räume seien schon beantragt.

Auch Landrat Bastian habe in mehreren Gesprächsrunden mit der Gemeinde Leck, mit der Akademie und mit anderen möglichen Trägern die verschiedenen Alternativen erörtert. Die EASH befürworte diese Bemühungen und trage sie mit, weil man von einer neuen Struktur eine Stabilisierung und Vereinfachung der Betriebsführung erwarte, verbunden mit einer unter Umständen auch noch bescheidenen Kostensenkung. Wenn allerdings der Landeszuschuß entfalle, so wiederholt der Vorsitzende Dr. Jürgen Schöning, dann sei die Europäische Akademie nicht mehr zu retten.

Landrat Dr. Olaf Bastian bringt ergänzende Einzelheiten über das angedachte Strukturmodell, das dem Ausschuß in schriftlicher Form nachgereicht werden soll.

In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen zur künftigen Struktur der EASH erörtert. Abg. Detlef Matthiessen erbittet für die weiteren Beratungen im Finanzausschuß den Haushalt der Akademie. Dieser wird vom Vorsitzenden Dr. Jürgen Schöning zugesagt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Raum auf kommunaler Ebene: Planungen, Projekte, Perspektiven

und

Punkt 3 der Tagesordnung:

Erfahrungen bei der Umsetzung von EU-Förderprogrammen auf regionaler Ebene

Berichte des Landrats Dr. Olaf Bastian

Mit Hinweis auf die historische Entwicklung der ganzen Region nennt Landrat Dr. Olaf Bastian als oberstes Ziel den Versuch, von der durch die Grenze bedingten Randlage wieder zu einer europäischen Binnenlage zu kommen. Dies beinhaltet die Beantwortung der Frage, wie man vom Feind zum Freund werde. Dazu diene an erster Stelle die Kommunikation. Hier sei der deutsch-dänische Grenzraum als Raum der Begegnung noch stark verbesserungswürdig, sei es durch einen Ausbau der Verkehrsverbindungen, durch die Beseitigung der Sprachbarrieren, die Verbesserung der Telekommunikation, durch eine Verstärkung der Freizügigkeit im Arbeitnehmerbereich durch eine Vernetzung der Sozialsysteme, durch die Angleichung von Ausbildungsmöglichkeiten, die grenzübergreifende Naturschutzplanung und Ähnliches.

Eine gute Zusammenarbeit gebe es zwar schon im Bereich der INTERREG-Programme, aber im allgemeinen herrsche noch sehr viel Halbkreisdenken vor. Diesem Denken gelte es in Seminaren, wie sie die EASH anbiete, entgegenzuwirken.

An dieser Stelle moniert Landrat Dr. Olaf Bastian im Vergleich zum Mare Balticum das Fehlen von Perspektiven deutsch-dänischer Zusammenarbeit im Entwurf des Landesraumordnungsplanes; er begrüßt gleichzeitig die Gründung der sogenannten Euroregion Schleswig, bei deren Zusammenarbeit im Regionalrat oder auch im INTERREG-Begleirat die Vielfalt der Kulturen als Chance und nicht als Bedrohung begriffen werden müsse.

Wie Vielfalt zur Chance werde, so fährt Landrat Dr. Olaf Bastian fort, könne am Fremdenverkehr deutlich gemacht werden. Wo sonst in Europa könne man so einfach gleichzeitig in zwei Ländern Urlaub machen, einkaufen oder essen gehen. Das müsse den Menschen vor Ort und nicht irgendwo in Brüssel deutlich gemacht werden, wie es dankenswerterweise die EASH versuche.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion stehen Bemühungen um den Abbau der noch vorhandenen Vorbehalte in den Köpfen der Grenzbewohner sowie die Beseitigung eines gewissen Attentismus in Teilen der Bevölkerung der Grenzregion. Angesprochen werden die zu erwartenden Neuverteilung der GA-Mittel, der Vernetzungsdruck in den wirtschaftlichen Bereichen verbunden mit dem Abbau der Nachteile der Sozialversicherungssysteme und eine auf beiden Seiten akzeptable Benennung der Grenzregion unter europapolitischen Aspekten sowie der Abbau der Sprachbarrieren durch einen erleichterten Zugang zu den einzelnen Bildungssystemen und die Schaffung von Freizügigkeit durch Transferleistungen bei Aufrechterhaltung der unterschiedlichen Rechtssysteme.

Anschließend trägt Landrat Dr. Olaf Bastian noch einige Schwierigkeiten bei der **Umsetzung der EU-Förderprogramme auf kommunaler Ebene** vor. Während es eine vorbildliche Zusammenarbeit bei der Verteilung der Mittel aus den INTERREG-Programmen gebe, seien Schwierigkeiten bei der Verwendung der Mittel aus den drei Töpfen des Ziel-5 b-Gebietes vorhanden. Landrat Dr. Olaf Bastian räumt eingeschränkte Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen insbesondere beim Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft und beim Europäischen Sozialfonds ein. Er beklagt, daß es noch zu wenige Anstrengungen zu wirklich integralen Entwicklungskonzepten auf kommunaler Ebene gebe.

Der Vorsitzende schließt die Diskussionsrunde mit dem Hinweis, daß es zu der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene noch Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden im Ausschuß geben werde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur
Regierungskonferenz der Europäischen Union**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/245

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/270

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) und Peter
Gerckens (SSW)

(ohne Aussprache überwiesen an den Europaausschuß am 26. September
1996)

Abg. Jost de Jager begründet den CDU-Antrag mit dem Hinweis, daß es in den Augen seiner Fraktion Aufgabe des Parlaments sein müsse, sich auch zu Beschlüssen der Regierungskonferenz zu äußern und insbesondere auch im Rahmen der zu erwartenden Neuordnung in der EU zu versuchen, die Stimme zu erheben. Er trägt vor, daß seine Fraktion versucht habe, den Antrag so zu formulieren, daß er von allen Seiten gebilligt werden könne.

Bezüglich des Änderungsantrages des SSW warnt Abg. Jost de Jager davor, die Resolution zur Regierungskonferenz auf weitere europapolitische Bereiche auszuweiten. So gehe es zum Beispiel für seine Fraktion nicht an, wenn der SSW in seinem Antrag fordere, die Konvergenzkriterien für die Währungsunion aufzuweichen. Dies wäre aus seiner Sicht ein falsches politisches Signal.

Bezüglich des SPD-Antrages sehe er sehr wohl Konsensmöglichkeiten, da dieser Antrag nicht sehr konkret gefaßt sei. Insofern könne vielleicht eine Einarbeitung in den Ursprungsantrag erfolgen.

Der Vorsitzende begrüßt die Überlegungen, eine gemeinsame Resolution zu erarbeiten, denn, so wörtlich, eine solche Resolution sei um so höher zu bewerten, je größer der Zustimmungsgrad sei.

Abg. Bernd Saxe hält es demgegenüber für schwierig, einen Konsens zu finden. Seine Fraktion könne beispielsweise nicht zustimmen, dem Ausschuß der Regionen ein Klagerecht oder einen Organstatus einzuräumen. Eine solche vierte Säule im Aufbau der Europäischen Union sei für

die SPD nicht zu machen. Die Möglichkeiten der Regionen, konkret Einfluß zu nehmen, vollzögen sich über die nationalen Parlamente, und dabei sollte es auch bleiben.

Ein weiterer kritischer Punkt sei die Forderung des Antragstellers, sich nur auf Themen der Regierungskonferenz zu beschränken. Gerade in einigen nicht aufgenommenen Themen wie beispielsweise der Währungsunion liege eine so hohe Dramatik, daß man ihr Rechnung tragen müsse.

Abg. Dr. Ekkehard Klug begrüßt im Antrag der CDU-Fraktion die Forderung nach Schaffung von mehr Bürgernähe, die mit der Forderung einer rigorosen Vereinfachung der Entscheidungsstrukturen und nach mehr Transparenz einhergehe. Dem widerspreche allerdings die gewünschte Ausformung des Ausschusses der Regionen zu einem institutionellen Organ. Deshalb könne er den Absatz zum Ausschuß der Regionen im CDU-Antrag nicht unterstützen. Er schlage vor, diesen Passus zu streichen. Damit könne von seiten der F.D.P. Zustimmung erfolgen.

Im Änderungsantrag der SPD sieht Abg. Dr. Ekkehard Klug bezüglich der in den Spiegelstrichen geforderten Ausweitung der Kompetenzen der EU einen Widerspruch zu der allseits bekundeten Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Er, Abg. Dr. Ekkehard Klug, halte nichts davon, in der vorgeschlagenen Form die Zuständigkeiten der Europäischen Kommission in Brüssel immer mehr auszuweiten. Damit wären politische Versprechungen verbunden, die von Brüssel nicht eingelöst werden könnten; vielmehr werde immer noch mehr Bürokratie geschaffen und damit neuer Frust über zentrale Regelungen, die vor Ort nicht akzeptable erschienen. Es müsse in erster Linie versucht werden, das Subsidiaritätsprinzip durchzusetzen, damit endlich die Akzeptanz der Brüsseler Europapolitik erhöht werde.

Solange dies nicht gewährleistet sei, könne er dem Antrag der SPD nicht zustimmen. Ähnliches gelte für den Antrag des SSW, der beispielsweise in Sachen Beschäftigungspolitik in die gleiche Richtung wie der SPD-Antrag ziele.

Abg. Anke Spoorendonk begründet den Änderungsantrag des SSW mit der anderen Sicht ihrer Partei zur Europapolitik, die die Argumente der skandinavischen Staaten zur EU aufnehme, sowie mit den Vorstellungen, die der SSW zur Minderheitenpolitik habe. Sie halte es unter diesem Gesichtspunkt für nicht möglich, den SSW-Änderungsantrag in den Ursprungsantrag mit einzuarbeiten.

Nach einem weiteren Austausch der Meinungen über die Aussagen zum Ausschuß der Regionen folgen die Ausschußmitglieder dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Abstimmung zunächst zurückzustellen und in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus den Abgeordneten Jost de Jager, Bernd Saxe, Anke Spoorendonk und eventuell Dr. Ekkehard Klug, einen gemeinsamen Vorschlag zu formulieren. Die Abstimmung soll dann in einer außerordentlichen Sitzung am Freitag, dem 1. November 1996, in der Mittagspause der Landtagstagung erfolgen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Punkte werden angesprochen:

1. Der Vorsitzende berichtet über das Treffen der für EU-Fragen zuständigen Ausschußvorsitzenden der deutschen Landesparlamente am 18. Oktober 1996 in Bonn. Acht Vorsitzende aus den Länderparlamenten seien anwesend gewesen. Seine anfängliche Skepsis gegenüber einem solchen Treffen sei einer breiten Zustimmung gewichen; denn es sei sehr interessant gewesen zu erfahren, in welcher Form die einzelnen Europaausschüsse arbeiten und welche Vorstellungen sie über ihre Arbeit hätten. Zum großen Teil seien die Europaausschüsse auch in den anderen Landtagen erst in jüngster Zeit eingerichtet worden. Es sei vereinbart worden, zum einen die Tagesordnungen und Materialien auszutauschen; diese sollen unter Federführung von Nordrhein-Westfalen auf dem Datenweg weitergeleitet werden. Zum anderen sei daran gedacht, in Zukunft ein- bis zweimal jährlich ähnliche Treffen stattfinden zu lassen.
2. MDgt Günther Schulz gibt einen kurzen Überblick über die Ergebnisse der letzten Ostsee-Subregionenkonferenz am 17./18. Oktober 1996 in Vaasa, die mit 400 Teilnehmern eine überraschend starke Beteiligung ausgewiesen habe und damit das Bedürfnis nach einer intensiven regionalen Zusammenarbeit dokumentiere.
3. Der Vorsitzende gibt das Schreiben von Europaminister Gerd Walter an den Landtagspräsidenten über den Verlauf und Inhalt der 14. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen bekannt. Es wird an die Ausschußmitglieder verteilt. .

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:45 Uhr.

gez. Uwe Döring
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin